

Im Ausland wählen: Die türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni und 1. November 2015 in Deutschland im Vergleich

Thomas Krumm

Das Verbot einer Live-Übertragung von Ansprachen türkischer Politiker aus Ankara auf einer von den Medien als Pro-*Erdogan*-Kundgebung charakterisierten Großdemo türkischstämmiger Migranten in Köln am 31. Juli 2016 mit etwa 40.000 Teilnehmern hat in der Türkei und unter türkischen Migranten in Deutschland Unverständnis ausgelöst. Die große Teilnehmerzahl und ihre hohe Mobilität hat nach dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli die große Unterstützung nicht nur für die Demokratie im Allgemeinen verdeutlicht, sondern auch für den türkischen Präsidenten im Besonderen.¹ Durch den Putsch ist die Popularität des Präsidenten und seiner Partei unter in- und ausländischen türkischen Wähler weiter gestiegen²; der „rally round the flag effect“³ nach außergewöhnlichen Krisen oder Bedrohungen führte auch im Fall der Türkei zu einer (zumindest kurzfristig) höheren Unterstützung des Präsidenten und seiner Partei in der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund soll die Frage nach Gründen für den Erfolg beziehungsweise die Popularität der türkischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) gerade auch im westeuropäischen Ausland und speziell im größten externen türkischen „Wählermarkt“ Deutschland untersucht werden. Die Stimmen der türkischen Wähler im Ausland für die einzelnen Parteien wurden in beiden Wahlen proportional auf die 85 Inlandswahlkreise verteilt. In den 85 Wahlbezirken werden je nach Bevölkerungsanteil zwischen zwei und 31 der 550 Abgeordneten der Großen Nationalversammlung nach einfacher Verhältniswahl unter landesweiter Zehn-Prozent-Sperrklausel⁴ gewählt. Im Unterschied etwa zu Frankreich und Portugal gibt es kein eigenes Sitzkontingent für die Auslandswähler („reserved seats“).

- 1 Zum Beispiel „Großdemonstrationen in Köln. 40.000 Erdogan-Anhänger gehen auf die Straße“, in: tageschau.de vom 31. Juli 2016, <http://www.tagesschau.de/inland/grossdemo-pro-erdogan-111.html> (Abruf am 23. November 2016).
- 2 Vgl. *Gerald Knaus*, Totales Misstrauen, in: Der Spiegel Spezial 1/2016, Brennpunkt Türkei vom 13. September 2016, S. 124 – 129, der die Unterstützung der beiden stärksten Oppositionsparteien für die Regierung nach dem Putsch in einem starken Widerstand gegen eine neue Militärrherrschaft und einen starken Misstrauen oppositioneller und kemalistischer Kräfte gegenüber der Gülen-Bewegung begründet sieht (S. 127).
- 3 Ursprünglich *John Mueller*, Presidential Popularity from Truman to Johnson, in: *American Political Science Review*, 64. Jg. (1970), H. 1, S. 18 – 34.
- 4 Die extrem hohe Sperrklausel wurde nach dem Militärputsch von 1980 eingeführt, um kleinere Koalitionsformate beziehungsweise größere Regierungsstabilität zu erzeugen und wurde seither auch von zivilen Regierungen nicht reduziert.

1. Konzeptioneller Rahmen der Untersuchung

1.1. Extraterritoriales Wählen

Extraterritoriales Wählen ist inzwischen ein verbreitetes Phänomen⁵, das allerdings noch wenig empirisch untersucht ist.⁶ So stellt sich etwa die Frage, ob und wie sich die Entscheidungsfindung von Staatsbürgern im Ausland von der im Inland unterscheidet. Einerseits wird zum Beispiel argumentiert, Auslandsbürger könnten schlechter informiert sein über die Politik in der (fernen) Heimat, andererseits könnten sie „von außen“ einen besseren Überblick und bessere Vergleichsmöglichkeiten haben. Auch wird kritisiert, dass sie mit ihrer Stimme die Politik in gleichem Maße mit bestimmen wie Inlandsbürger, von den Konsequenzen aber oft kaum betroffen sind.⁷

Historisch wurde externes Wählen (als Briefwahl) zuerst in Staaten mit einer großen Anzahl von „servicemen“ im Ausland eingeführt, so etwa in Kanada 1915, Frankreich 1951, in den USA 1942 (ausgeweitet auf alle US-Bürger 1968), und dann auf alle anderen Auslandsbürger erweitert.⁸ In einigen Fällen erscheint es offensichtlich, dass die Regierungspartei sich durch die Einführung von „external voting“ Vorteile versprach.⁹ Einige Autoren argumentieren explizit, dass Wahlen für Auslandsbürger gezielt eingeführt werden, da die Diaspora mehrheitlich eher für die Regierungspartei als für (kleine) Oppositionsparteien stimme.¹⁰

Im Unterschied zur Türkei müssen sich Auslandswähler für US-Wahlen zuvor in dem Bundesstaat registrieren lassen, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten und die Auslandsstimmen (Briefwahl) werden dann für diesen Bundesstaat gezählt. Beide großen Parteien haben spezielle Auslandsorganisationen für den Wahlkampf, die „Democrats Abroad“ beziehungsweise die „Republicans Abroad“. Nach einer Studie des „Federal Voting Assistance Program“ (FVAP) gab es 2013 etwa 2,6 Millionen wahlberechtigte US-Amerikaner im Ausland. Davon nahmen 2014 aber nur vier Prozent (93.000) an der Kongresswahl („midterm elections“) teil; in Deutschland lag die Wahlbeteiligung immerhin bei 8,5 Prozent der

5 Vgl. *Andrew Ellis*, The History and Politics of External Voting, in: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA&IFE) (Hrsg.), Voting from Abroad. The International IDEA Handbook, Stockholm / Mexico City 2007, S. 41 – 48.

6 Vgl. *Dieter Nohlen / Florian Grotz*, The Legal Framework and an Overview of Electoral Legislation, in: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA&IFE) (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5), S. 65 – 76, S. 65; *Daniele Caramani / Florian Grotz*, Beyond Citizenship and Residence? Exploring the Extension of Voting Rights in the Age of Globalization, in: Democratization, 22. Jg. (2015), H. 5, S. 799 – 819.

7 Vgl. *Rainer Bauböck*, Expansive Citizenship: Voting beyond Territory and Membership, in: Political Science and Politics, 38. Jg. (2005), H. 4, S. 683 – 687; *Claudio López-Guerra*, Should Expatriates Vote?, in: The Journal of Political Philosophy, 13. Jg. (2005), H. 2, S. 216 – 234.

8 Vgl. *Andrew Ellis*, a.a.O. (Fn. 5), S. 42.

9 Vgl. ebenda, S. 42 f. Neben parteipolitischen Erwägungen und als ein Service für Soldaten und Dienstleistende im Ausland war die Einführung des Auslandwahlrechts auch eine nachträgliche Anerkennung für politische Emigranten während Perioden der Diktatur, etwa in Spanien und Portugal.

10 Vgl. *Jean-Michel Lafleur*, Why do States Enfranchise Citizens Abroad? Comparative Insights from Mexico, Italy and Belgium, in: Global Networks, 11. Jg. (2011), H. 4, S. 481 – 501.

89.528 wahlberechtigten US-Amerikaner.¹¹ 2016 gab es bei den Vorwahlen der Demokraten in Deutschland eine auffällig starke Unterstützung für *Bernie Sanders*, was daran liege, „dass die im Ausland lebenden Demokraten politisch weiter links stünden als ihre Parteikollegen zuhause“¹².

Das Bundestagswahlrecht für Auslandsdeutsche wurde nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2013 novelliert. Art. 12 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes verlangt nun neben der Staatsangehörigkeit, dass wahlberechtigte Auslandsdeutsche „nach Vollenendung ihres vierzehnten Lebensjahres mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt oder 2. aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind“. Trifft eine der beiden Bedingungen zu, können Auslandsdeutsche, die an Bundestagswahlen teilnehmen wollen, einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis ihrer letzten Heimatgemeinde stellen und gegebenenfalls per Briefwahl ihre Stimme abgeben.¹³

In der Türkei spielte bei der Einführung des vollen Auslandswahlrechts das Verfassungsgericht eine zentrale Rolle, das in einer Entscheidung von 2012 eine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes forderte, die im Mai 2014, kurz vor der ersten Direktwahl des Präsidenten im August, vom Parlament umgesetzt wurde. Dabei wurde die Möglichkeit der Stimmabgabe für türkische Staatsbürger bei Präsidenten- und Parlamentswahlen sowie bei Referenden in ausländischen (türkischen) Botschaften und Konsulaten und in von ihnen organisierten Wahllokalen ermöglicht.¹⁴ Bereits bei den in Wahlbüros (Zollstationen) an Grenzübergängen und Flughäfen abgegebenen Stimmen in der Parlamentswahl von 2011 schnitt die konservativ-islamische AKP mit 61,7 Prozent am besten ab, gefolgt von der sozialdemokratisch-kemalistischen CHP mit 26,2 Prozent; 2007 erzielte die AKP 56,7 Prozent und die CHP 17,7 Prozent der Stimmen aus dem Ausland in den Wahllokalen an den Grenzen. Bei ihrer ersten Wahlteilnahme 2002 verbuchte die AKP 33 Prozent und die CHP 23 Prozent unter den Auslandstürken.¹⁵

11 Vgl. Federal Voting Assistance Program / Uniformed and Overseas Citizens Absentee Voting Act, U.S. Overseas Voters. What we know, <https://www.fvap.gov/uploads/FVAP/Reports/FVAP-OCPASummarybrief.pdf> (Abruf am 23. November 2016).

12 *Anna-Lena Ripperger*, Amerikaner in Deutschland. „Ein absoluter Bullshit-Kandidat“, in: FAZ online vom 8. November 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-amerika/us-wahl-deutsch-amerikaner-werben-fuer-hillary-clinton-14516939-p2.html> (Abruf am 23. November 2016).

13 Vgl. Bundeswahlleiter, Deutsche im Ausland, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/informationen-waehler/deutsche-im-ausland.html> (Abruf am 23. November 2016).

14 Vgl. *Zeynep Şahin-Mencütek / M. Murat Erdoğan*, The Implementation of Voting from Abroad: Evidence from the 2014 Turkish Presidential Election, in: *International Migration*, 54. Jg. (2015), H. 3, S. 173 – 186; *Ersin Kalaycıoğlu*, Turkish Popular Presidential Elections: Deepening Legitimacy Issues and Looming Regime Change, in: *South European Society and Politics*, 20. Jg. (2015), H. 2, S. 157 – 179; *Nermin Abadan-Unat / Volkan Çıdam / Dilek Çınar / Zeynep Kadırbeyoğlu / Selcan Kaynak / Bahar Özay / Sercan Taş*, Voting Behaviour of Euro-Turks and Turkey's Presidential Elections of 2014, Istanbul Boğaziçi University, Friedrich-Ebert-Stiftung, ohne Ort 2014, http://www.fes-tuerkei.org/media/pdf/einzelpublikationen/Voting%20_final_english.pdf (Abruf am 7. September 2016).

15 Siehe Yüksek Seçim Kurulu (Hoher Wahlausschuss), www.ysk.gov.tr/ysk/GenelSecimler.html.

In der Regel muss bei einer Einbürgerung beziehungsweise beim Erwerb eines ausländischen Passes der türkische abgegeben werden. Die so genannte Blaue Karte als Ersatz gewährt zwar ein Arbeits- und Aufenthaltsrecht in der Türkei, aber kein Wahlrecht. Der türkische Pass kann bei einer Einbürgerung nur behalten werden, wenn gegenüber den türkischen Behörden nachgewiesen wird, dass ansonsten unzumutbare Nachteile entstehen. Von den 2015 in Deutschland eingebürgerten 19.674 türkischen Staatsbürgern war dies bei 17 Prozent der Fall.¹⁶ Im Mai 2011 hatten laut Zensus 530.000 Deutsche auch einen türkischen Pass („Doppelpass“). Bei etwa drei Millionen türkischstämmigen Menschen in Deutschland entspricht dies 17 Prozent türkische Doppelstaatler, die in beiden Ländern auch das volle Wahlrecht haben.

Bei der ersten Wahl nach der Reform des türkischen Auslandswahlrechts, der Präsidentschaftswahl im August 2014, war die ausländische Beteiligung mit circa acht Prozent zuerst noch sehr niedrig, was auch an einer schwerfälligen Organisation lag, bei der die registrierten Wähler einen Ort und Termin zur Stimmabgabe zugeteilt bekamen.¹⁷ Zuvor mussten Auslandstürken in eines der Wahllokale an den Grenzübergängen oder an Flughäfen kommen. In den beiden türkischen Parlamentswahlen des Jahres 2015 konnten sie in vielen Ländern ihre Stimme direkt in von den Konsulaten organisierten Wahllokalen abgeben. In den Wochen vor der Wahl wurden etwa in Sporthallen oder öffentlichen Einrichtungen wie Gemeindezentren Wahllokale eingerichtet.¹⁸ Die dort abgegebenen Stimmen wurden ungeöffnet nach Ankara transportiert und erst dort zentral ausgezählt.

Durch die neue Regelung hat sich die Zahl der Auslandsstimmen gegenüber früheren Parlamentswahlen vervielfacht, auf zuletzt 2,9 Millionen registrierte Wähler und 1.284.964 gültige Auslandsstimmen im November 2015. Die Wahlbeteiligung der registrierten Auslandstürken weltweit lag bei 44,4 Prozent, in Deutschland bei 40,7 Prozent (siehe auch Tabelle 4) – ein deutlicher Anstieg (auch aufgrund besserer Information und Organisation) gegenüber den 8,4 Prozent (weltweit) bei der Präsidentschaftswahl im August 2014.

1.2. Türkische Migration und politische Partizipation in Deutschland

Im Juni 2015 lebten in Deutschland 1.413.292 registrierte türkische Wähler, davon gaben 482.746 ihre Stimme ab (siehe auch Tabelle 3). Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 34,16 Prozent. Im November standen 1.411.553 registrierten Wählern 575.564 abgegebenen Stimmen (40,77 Prozent) gegenüber. Mit über 1,4 Millionen registrierten Wählern

16 Vgl. *Christoph Sydow*, Deutschtürken. Debatte über den Doppelpass – das sind die Fakten, in: Spiegel online vom 5. August 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschtuerken-doppelte-staatsbuergerschaft-das-sind-die-fakten-a-1106363.html> (Abruf am 12. August 2016).

17 Das Wählerregister wurde auf Grundlage der (freiwilligen) Registrierung türkischer Staatsbürger bei dem für den jeweiligen Wohnsitz zuständigen Konsulat erstellt. Für die erste Direktwahl des Präsidenten 2014 siehe *Zeynep Şahin-Mencütek / M. Murat Erdoğan*, a.a.O. (Fn. 14).

18 Im Unterschied zu diesem Modell der „Urnenwahl“ in Auslandsvertretungen ist für Auslandsdeutsche bei Bundestagswahlen nur Briefwahl möglich, was vom Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 13) begründet wird „mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand nicht nur für die Auslandsvertretungen, sondern vor allem für die wahlberechtigten Auslandsdeutschen [...], da so eine unter Umständen weite Anreise zu den Auslandsvertretungen entfällt“.

stellte Deutschland 2015 das mit Abstand größte ausländische Elektorat in beiden Wahlen. Historisch gehört es neben den Niederlanden, Belgien und Österreich zu den Staaten, die in den 1960er Jahren institutionelle Abkommen zur Anwerbung von Gastarbeitern abgeschlossen hatten, die wiederum eine Grundlage für mehrere Phasen oder „Wellen“ türkischer Migration nach Westeuropa bildeten. Mit der Ölpreis- und Wirtschaftskrise 1973 endete zwar die gezielte Anwerbung türkischer Arbeitskräfte¹⁹, jedoch folgten weitere Migrationswellen mit jeweils unterschiedlichen Motivationslagen, sozioökonomischem Profil sowie Herkunfts- und Zielregionen.

Die erste Welle wird von *Damla Aksel*²⁰ als „national unmixing“ beschrieben, als Bevölkerungsaustausch mit Nachbarstaaten und nicht-muslimischer Emigration bis zu den 1960er Jahren. Die zweite Welle umfasst die Arbeitsmigration nach Europa und Australien bis Mitte der 1970er Jahre mit anschließendem Familiennachzug.²¹ Die 1980er und 1990er Jahre (dritte Welle) sind durch politische Migration geprägt (Militärputsch 1980²² und eskalierender Kurdenkonflikt seit 1984), eine vierte Welle umfasst Arbeitsmigration in die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas von den 1980er bis Mitte der 1990er Jahre sowie in die Länder des ehemaligen Ostblocks nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Eine letzte Phase seit den 1990er Jahren ist geprägt durch ein breites Muster sporadischer Migration, einschließlich hoch qualifizierter Arbeitskräfte und Studenten, nach Europa, den USA, Kanada und Australien.²³

Die Masseneinwanderung nach Deutschland fand dabei insbesondere in der zweiten, aber auch in der dritten Welle statt, zusammengefasst als Migration geringqualifizierter Arbeitskräfte aus den ländlichen, armen Regionen Zentral- und Ostanatoliens mit anschließendem Familiennachzug und seit den 1980er Jahren als politische Migration (insbesondere Kurden). Die Zahl der türkeistämmigen Einwanderer wird im Migrationsbericht 2014 der Bundesregierung mit knapp 2,9 Millionen angegeben, wovon 1,4 Millionen (48 Prozent) der ersten Generation angehören.²⁴ 1.527.118 türkische Staatsbürger lebten Ende

19 Deutschland hatte als Vorreiter 1961 das erste Anwerbeabkommen mit der Türkei abgeschlossen. Ähnliche Abkommen wurden 1964 mit den Niederlanden, Belgien und Österreich geschlossen, 1965 mit Frankreich und 1967 mit Schweden. Zusätzlich wurden Sozialversicherungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich (1959), der Schweiz (1969) und Dänemark (1970) abgeschlossen, vgl. *Ahmet Akgündüz*, Labour Migration from Turkey to Western Europe, 1960 – 1974: A Multidisciplinary Analysis, Burlington 2008.

20 Vgl. *Damla Aksel*, Kins, Distant Workers, Diasporas: Constructing Turkey's Transnational Members Abroad, in: *Turkish Studies*, 15. Jg. (2014), H. 2, S. 195 – 219.

21 In dieser Zeit stieg der Anteil von familienbezogener Migration auf etwa zwei Drittel der Gesamtmigration, vgl. *Faruk Şen*, The Historical Situation of Turkish Migrants in Germany, in: *Immigrants & Minorities*, 22. Jg. (2003), H. 2/3, S. 208 – 227. Für türkische Migration nach Österreich und Belgien vgl. *Johan Wets*, The Turkish Community in Austria and Belgium: The Challenge of Integration, in: *Turkish Studies*, 7. Jg. (2006), H. 1, S. 85 – 100. Für kurdische Migration nach Deutschland vgl. *Ibrahim Sirkeci*, The Environment of Insecurity in Turkey and the Emigration of Turkish Kurds to Germany, New York 2006.

22 Vgl. *Kemal Kirişçi*, The Question of Asylum and Illegal Migration in European Union-Turkish Relations, in: *Turkish Studies*, 4. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 106.

23 Vgl. *Damla Aksel*, a.a.O. (Fn. 20), S. 201.

24 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2014), S. 190, <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Forschung/Ergebnisse/Migrationsberichte/migrationsberichte-node.html> (Abruf am 21. August 2016).

2014 laut Migrationsbericht dauerhaft in Deutschland, von ihnen wurden 455.166 (29,8 Prozent) in Deutschland geboren, und 129.323 waren unter 18 Jahre alt.²⁵

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Auslandsdominanz der AKP bei früheren Wahlen war auch für 2015 mit einem guten Ergebnis der Regierungspartei in der türkischen Diaspora zu rechnen. Allerdings steht diese Tendenz zu konservativem Stimmverhalten in Kontrast zu Umfrageergebnissen unter türkischen Migranten hinsichtlich ihrer Präferenz für deutsche Parteien, bei denen sie sich weitgehend für Mitte-Links Parteien entschieden haben.²⁶

So weist etwa *Şener Aktürk*²⁷ darauf hin, dass türkische Migranten bis in die 1980er Jahre die SPD präferierten, was sich dann zugunsten der Grünen und später der Linken verbreiterte. Ein aktueller Bericht des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration sieht bei türkeistämmigen Einwanderern nach wie vor die SPD als mit Abstand beliebteste Partei (69,8 Prozent, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen mit 13,4 Prozent, Linke 9,6 und CDU/CSU 6,1 Prozent).²⁸ Allerdings war die Anzahl der wahlberechtigten türkischen Migranten in Deutschland bis in die späten 1990er Jahre marginal²⁹; ihr politisches Engagement lief eher indirekt über Gewerkschaften und Sozialverbände. Dieser Eindruck einer Mitte-Links-Präferenz wird auch durch die Anzahl der Abgeordneten mit entsprechendem Migrationshintergrund im Bundestag oder in Landtagen bestätigt.³⁰ Gegenüber der Bundestagswahl 2009 hat sich die Zahl der MdBs mit Migrationshintergrund von 20 auf 37 erhöht, was 5,9 Prozent aller Abgeordneten entspricht.³¹ Die Zahl der Abgeordneten mit türkischem Migrationshintergrund hatte sich von fünf auf elf mehr als verdoppelt. Tabelle 1 gibt einen Überblick über ihre Verteilung nach Parteien und Regionen. Im Unterschied zu türkischen Migranten unterstützen etwa Russlanddeutsche aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion überwiegend die Unionsparteien.³²

25 Vgl. ebenda, S. 298.

26 „Laut einer repräsentativen Umfrage der AKP-nahen Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) stimmten bei der Bundestagswahl 2013 64 Prozent der türkischstämmigen Wähler für die SPD. Grüne und Linke holten jeweils zwölf Prozent, die Union kam nur auf sieben Prozent.“ *Christoph Sydow*, a.a.O. (Fn. 16).

27 Vgl. *Şener Aktürk*, *The Turkish Minority in German Politics: Trends, Diversification of Representation, and Policy Implications*, in: *Insight Turkey*, 12. Jg. (2010), H. 1, S. 65 – 80.

28 Vgl. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5, Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?, <http://www.svr-migration.de/publikationen/parteipraeferenzen/> (Abruf am 23. November 2016); *Andreas M. Wüst*, Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), *Wahlen in Deutschland*, in: PVS-Sonderheft 45, Baden-Baden 2011, S. 157 – 178.

29 „This number stood at 8,166 in 1986, corresponding to 0.01%, or one in ten thousand of the Germany citizenry. Therefore, in the 1970s and 1980s Turkish immigrants channeled their political activism through labor unions, civil society, and non-parliamentary political forums where they could vote and run for elections without being a citizen.“ *Şener Aktürk*, a.a.O. (Fn. 27), S. 67.

30 Vgl. *Frank Gesemann* / *Roland Roth*, *Integration ist (auch) Ländersache*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2015, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11197.pdf> (Abruf am 23. November 2016); *Andreas M. Wüst*, *Immigration into Politics: Immigrant-origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election*, in: *German Politics and Society*, 32. Jg. (2014), H. 3, S. 1 – 15.

31 Vgl. *Andreas M. Wüst*, a.a.O. (Fn. 28).

32 Vgl. *ders.*, *Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact*, in: *German Politics*, 13. Jg. (2004), H. 2, S. 341 – 359.

Tabelle 1: Türkischstämmige Bundestagsabgeordnete 2013 bis 2017

Partei	Anzahl	Name	Wahlkreis
SPD	5	<i>Aydan Özoguz</i>	Hamburg (Direktmandat)
		<i>Metin Hakverdi</i>	Hamburg (Direktmandat)
		<i>Mahmut Özdemir</i>	NRW (Direktmandat)
		<i>Cansel Kiziltepe</i>	Berlin (Landesliste)
		<i>Gülistan Yüksel</i>	NRW (Landesliste)
Bündnis 90/Die Grünen	3	<i>Cem Özdemir</i>	Baden-Württemberg (Landesliste)
		<i>Ekin Deligöz</i>	Bayern (Landesliste)
		<i>Özcan Mutlu</i>	Berlin (Landesliste)
Die Linke	2	<i>Sevim Dagdelen</i>	NRW (Landesliste)
		<i>Azize Tank</i>	Berlin (Landesliste)
CDU	1	<i>Cemile Giousouf</i>	NRW (Landesliste)

Quelle: Eigene Zusammenstellung, www.bundestag.de.

Die geringere Unterstützung türkischer Migranten für die Unionsparteien überrascht zunächst nicht, etwa angesichts des „C“ im Parteinamen.³³ Es gibt unter ihnen aber auch ein Potenzial für konservative deutsche Parteien. *William Hale* hat auf Parallelen (und Unterschiede) zwischen der AKP als einer konservativ-islamischen Partei und konservativ-christlichen Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien hingewiesen.³⁴ Deutsch-türkische Foren existieren in einigen Landesverbänden der Union, die sich 2010 auch ein Grundsatzprogramm gegeben haben.³⁵ Von 2005 bis 2013 hatte die AKP Beobachterstatus in der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, wurde 2013 aber als Vollmitglied in die abtrünnige Fraktion der Konservativen und Reformisten (AECR) aufgenommen, nachdem eine Vollmitgliedschaft in der EVP vor allem auf Betreiben der CDU/CSU nicht mehr realistisch war.³⁶

Auch auf die Rolle von Netzwerken und Organisationen bei der Wählermobilisierung muss kurz eingegangen werden. Während (informelle) Migrantennetzwerke empirisch schwerer zu erforschen sind, gibt es inzwischen einige Literatur über Organisationen wie die Anfang der 1970er Jahre in Deutschland von *Necmettin Erbakan* mitgegründete islamische

33 Vgl. etwa „Söder warnt vor Öffnung der CSU für Muslime: ‚Wir heißen CSU, nicht MSU‘“, in: SZ online vom 17. Mai 2010, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/soeder-warnt-vor-oeffnung-der-csu-fuer-muslime-wir-heissen-csu-nicht-msu-1.322424> (Abruf am 29. Juli 2016).

34 Vgl. *William Hale*, Christian Democracy and the AKP: Parallels and Contrasts, in: *Turkish Studies*, 6. Jg. (2005), H. 2, S. 293 – 310; *ders.* / *Ergun Özbudun*, Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey: The case of the AKP, Abingdon 2010.

35 Vgl. Deutsch-Türkisches-Forum der CDU, Grundsatzprogramm der Deutsch-Türkischen Foren der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom 20. November 2010, <http://www.bettina-machaczek.de/clubs/machaczek/artic/Grundsatzprogramm%20DTF-Verb%C3%A4nde.pdf> (Abruf am 22. September 2016).

36 Vgl. „Erdogan’s AKP party joins Cameron’s conservative political family“, in: EurActiv.com vom 13. November 2013, <http://www.euractiv.com/section/elections/news/erdogan-s-akp-party-joins-cameron-s-conservative-political-family/>; *Christoph Heinlein*, Türkischstämmige Wähler werden wichtiger. Die Union tut sich mit ihnen schwer: Im Herzen konservativ, in: Berliner Zeitung online vom 12. Februar 2008, <http://www.berliner-zeitung.de/tuerkischstaemmige-waehler-werden-wichtiger--die-union-tut-sich-mit-ihnen-schwer-im-herzen-konservativ-15885764> (Abruf jeweils am 22. September 2016).

Bewegung Milli Görüş (nationale Sicht) oder die Gülen- und Kaplan-Bewegungen.³⁷ Daneben sind die programmatischen Unterschiede von Milli Görüş und der türkischen Religionsbehörde DITIB in Deutschland untersucht worden.³⁸ Insbesondere in Ländern mit großer türkeistämmiger Diaspora wie die Niederlande, Belgien, Frankreich, Deutschland und Österreich existiert eine Vielzahl von Organisationen. Nach *Ahmet Yükleyn*³⁹ repräsentiert etwa Diyanet (DITIB) den „offiziellen Islam“ und Milli Görüş den „politischen Islam“. *Mathew Andrews*⁴⁰ sieht in der Politisierung von Milli Görüş einen der Gründe, warum die Organisation nicht als Gesprächspartner für deutsche Behörden attraktiv war. Sie war in der Türkei verboten, motivierte dort aber zur Gründung einiger islamischer Parteien, die dann vom Verfassungsgericht wegen Verletzung des Säkularitätsgebotes wiederum verboten wurden. In den Studien überwiegt eine kritische Einschätzung von Milli Görüş vor, die sich auch in den Beobachtungen durch den Verfassungsschutz in Deutschland spiegelt.

Die 2004 gegründete Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) hat ihren Hauptsitz in Köln und wird als AKP-nah beschrieben; sie organisiert etwa Demonstrationen und Massenveranstaltungen⁴¹ mit türkischen Spitzenpolitikern. Insbesondere der türkische Staatspräsident scheint großen Wert auf gute Verbindungen zur Diaspora zu legen; dies zeigte sich etwa in der Gründung der „Presidency for Turks Abroad and Related Communities“ im Mai 2010.⁴² Nach *Kerem Öktem* ist diese Einrichtung stark auf die ideologischen Grundlagen der AKP ausgerichtet, was sich auch in der Personalpolitik ausdrückt.⁴³ Die Behörde beteiligte sich auch an Vorbereitungen der *Erdogan*-Besuche in Köln und Wien vor der Präsidentschaftswahl im August 2014.⁴⁴ Insgesamt spiegelt sich in diesen Organisationen entweder eine politisch neutrale oder aber eine islamisch-konservative Haltung. Sozialdemokratische oder linke Positionen haben dagegen kaum Chancen auf eine einflussreiche eigene Organisation unter türkischen Migranten in Deutschland.

1.3. Internationaler Vergleich

Mit etwa drei Millionen lebt der größte Anteil der weltweit etwa fünf Millionen türkeistämmiger Emigranten und ihrer Nachkommen in Deutschland. Davon waren für die

37 Vgl. *Ahmet Yükleyn*, *Localizing Islam in Europe. Turkish Islamic Communities in Germany and the Netherlands*, Syracuse 2011; *Mathew Andrews*, *Building Institutional Trust in Germany: Relative Success of the Gülen and Milli Görüş*, in: *Turkish Studies*, 12. Jg. (2011), H. 3, S. 511 – 524.

38 Vgl. *Gökce Yurdakul / Ahmet Yükleyn*, *Islam, Conflict, and Integration: Turkish Religious Associations in Germany*, in: *Turkish Studies*, 10. Jg. (2009), H. 2, S. 217 – 231; für europapolitische Einstellungen türkischer religiöser Organisationen vgl. auch *Can Büyükbay*, *Euroscpticism in Turkey: Power and Beyond*, Frankfurt am Main 2015.

39 Vgl. *Ahmet Yükleyn*, a.a.O. (Fn. 37).

40 Vgl. *Mathew Andrews*, a.a.O. (Fn. 37).

41 Vgl. *Nastasja Steudel*, *The Lobby behind Turkey's Prime Minister*, in: Deutsche Welle online vom 21. Mai 2014, <http://www.dw.com/en/the-lobby-behind-turkeys-prime-minister/a-17652516> (Abruf am 17. September 2016).

42 Vgl. *Kerem Öktem*, *Turkey's New Diaspora Policy: The Challenge of Inclusivity, Outreach and Capacity*, Istanbul 2014.

43 Vgl. ebenda, S. 21.

44 Vgl. ebenda, S. 24.

Wahl im November 2015 in Deutschland über 1,4 Millionen als Wähler registriert. Tabelle 2 enthält die Daten derjenigen europäischen Länder, in denen die AKP die besten Ergebnisse erzielt hat, sortiert nach Platz eins bis zehn. Mit knapp 70 Prozent hat sie den höchsten Stimmenanteil in den Niederlanden, gefolgt von Belgien und Österreich. In Deutschland erhielt sie knapp 60 Prozent der etwa 570.000 gültigen Stimmen (Platz 4). Hinsichtlich der AKP-Ergebnisse fällt eine Spitzengruppe aus den Niederlanden, Belgien und Österreich sowie eine Verfolgergruppe aus Deutschland und Frankreich mit knapp 60 Prozent auf. Diese beiden Länder haben bereits deutlich höhere HDP-Stimmenanteile (Frankreich 25,9 Prozent, insbesondere aufgrund politischer Migration in den 1990er Jahren). Mit Bosnien-Herzegowina folgt ein Balkanstaat mit sehr kleinem Elektorat (ähnlich Mazedonien auf dem 10. Platz). Zieht man den AKP-Anteil insgesamt heran, liegt Dänemark noch über dem Durchschnitt, Nord-Zypern darunter. Bei der pro-kurdischen HDP fällt ein starkes Abschneiden in Norwegen und Dänemark sowie in Mazedonien auf.

Eine Rangkorrelation (Spearman) zeigt keinen Zusammenhang zwischen den AKP-Ergebnissen und der Wahlbeteiligung (in Prozent), dafür aber mit der Zahl der gültigen Stimmen (.648, Sig. .043). Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Größe eines Elektorats einen positiven Effekt auf das Abschneiden der AKP hat; und die Größe der Elektorate kann wiederum durch die Anwerbeabkommen der 1960er Jahre und die dadurch ausgelösten Migrationsströme erklärt werden. Eine negative Korrelation der in Tabelle 2 dargestellten AKP-Stimmenanteile liegt mit den HDP-Ergebnissen vor (-.624, Sig. .054), wobei das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau knapp verfehlt wird, aber als ein Hinweis auf einen starken (territorialen) Antagonismus zwischen AKP- und HDP-Unterstützern gelesen werden kann. Bei einer Rangkorrelation der AKP- mit CHP- und MHP-Stimmenanteilen hat der Koeffizient zwar auch ein negatives Vorzeichen, jedoch wird ein Signifikanzniveau deutlich verfehlt. Berichtenswert ist außerdem eine stark positive Rangkorrelation von CHP- mit

Tabelle 2: Ergebnisse der türkischen Parlamentswahl vom November 2015 in europäischen Staaten („TOP 10 AKP“)

	Wahlbeteiligung %	Gültige Stimmen	AKP		CHP		MHP		HDP	
			%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang
Niederlande	42,83	113.111	69,66	1	11,65	6	9,07	4	7,90	10
Belgien	42,09	55.423	69,40	2	10,02	8	7,38	7	11,29	8
Österreich	41,10	43.979	68,38	3	10,22	7	6,36	9	13,07	7
Deutschland	40,78	569.836	59,70	4	14,82	5	7,50	6	15,94	5
Frankreich	44,95	141.162	58,33	5	8,60	9	5,30	10	25,86	2
Bosnien-Herzegowina	52,37	1.051	55,47	6	19,98	2	13,42	1	8,18	9
Norwegen	35,78	2.913	52,56	7	14,97	4	8,10	5	22,07	4
Dänemark	41,39	13.518	50,05	8	7,24	10	6,83	8	34,55	1
Nord Zypern	34,18	32.208	49,33	9	24,07	1	10,09	3	14,90	6
Makedonien	51,96	1.110	42,88	10	17,93	3	11,53	2	25,68	3
Türkei (total)	85,20	47.838.711	49,49	–	25,31	–	11,90	–	10,76	–

Anmerkung: Das Sample umfasst die zehn Länder mit den besten Ergebnissen der AKP in Europa (in Prozent). Rangwerte für jede Partei gebildet aufgrund ihrer Ergebnisse (in Prozent) im Sample.

Quelle: Yükses Seçim Kurulu (Hoher Wahlausschuss), <http://www.ysk.gov.tr/> und eigene Berechnung.

MHP-Stimmenanteilen (.867, Sig. .001) zwischen den zehn Ländern des Samples aus Tabelle 2, was auch auf inhaltliche Überlappungen in den Präferenzen der Wähler der beiden Oppositionsparteien hindeuten könnte (etwa im Bereich laizistischer und globalisierungskritischer Positionen).

2. Vergleichende Analyse der subnationalen Ebene in Deutschland

2.1. Deskriptive Analyse

Die Tabellen 3 und 4 geben die Ergebnisse der vier im Parlament vertretenen Parteien für die Ebene der 13 diplomatischen Missionen (Botschaften, Konsulate), die die türkischen Wahlbezirke in Deutschland bilden, wieder. Aufgrund der Zehn-Prozent-Sperrklausel im türkischen Wahlrecht haben kleinere Parteien keine Chance auf Einzug ins Parlament in Fraktionsstärke. Gelegentlich treten ihre Kandidaten als „Unabhängige“ an, für die die Sperrklausel nicht gilt (insbesondere von kurdischen Parteien). Die Reihenfolge der Konsulatsbezirke erfolgte wiederum nach der Stärke des AKP-Stimmenanteils. Bei beiden Wahlen gab es in den Bezirken Münster, Essen und Düsseldorf die höchsten und in Berlin die niedrigsten AKP-Anteile. Ein direkter Zusammenhang mit der Zahl der registrierten Wähler und der Wahlbeteiligung ist zunächst nicht ersichtlich: Das größte türkische Elektorat bei beiden Wahlen war der Konsulatsbezirk Stuttgart, das kleinste der Bezirk Mainz; die Wahlbeteiligung im November war in Stuttgart mit 46,3 Prozent am höchsten und in Berlin (35,2 Prozent) am niedrigsten. Diese Variablen werden im folgenden Abschnitt noch mittels einer Rangkorrelation getestet.

Zunächst ist aber eine andere Beobachtung zu berichten: Für die drei Bezirke mit dem höchsten AKP-Anteil fällt die territoriale Nähe zu den Niederlanden als der europäischen AKP-Hochburg auf (Münster-Enschede und Düsseldorf-Venlo je 60 km, Essen-Arnheim 100 km). Allerdings wird in dieser Dimension das West-Ost-Gefälle sehr deutlich: Im östlichsten Konsulatsbezirk Berlin schnitt die AKP am schlechtesten ab, gefolgt von Nürnberg, Hannover, Frankfurt und Hamburg (Rangplätze 12 bis 9). Mit größerer Nähe zu den Niederlanden und Belgien steigen dann die AKP-Stimmenanteile. Damit ist die Frage nach den Ursachen des AKP-Erfolgs aber nur in die territoriale Dimension verlagert.

Für die republikanische CHP ergibt sich ein teilweise inverses Bild: Sie war in beiden Wahlen in Berlin (und Nürnberg) am stärksten und in Essen sowie Münster am schwächsten. Die nationalistische MHP hatte in beiden Wahlen ihre Hochburg in Nürnberg und die pro-kurdische HDP in Hannover (vgl. Tabellen 3 und 4).

Hinsichtlich der Wahlbeteiligung trat im November eine deutliche Mobilisierung ein; es wurden 92.818 mehr Stimmen abgegeben, die Wahlbeteiligung stieg um 6,6 Prozentpunkte. Davon profitierte vor allem die AKP, die ihre Stimmenzahl um 113.420 verbessern konnte (um 12,1 Punkte auf 57,7 Prozent). CHP und HDP konnten zwar auch einige tausend Stimmen hinzugewinnen, jedoch sank ihr Stimmenanteil insgesamt. Die MHP verlor circa 3.500 Stimmen absolut. Die stärkere Mobilisierung im November kam also hinsichtlich der Stimmenanteile ausschließlich der AKP zugute.

Tabelle 3: Ergebnisse der türkischen Parlamentswahl vom 7. Juni 2015 auf Konsulatebene in Deutschland

Stadt	BL	Registrierte Wähler	Stimmen	Wahlbeteiligung %	Gültige Stimmen	AKP			CHP			MHP			HDP		
						absolut	%	Rang	absolut	%	Rang	absolut	%	Rang	absolut	%	Rang
Münster	NRW	103.989	27.107	26,07	26.608	17.487	65,72	1	3.020	11,35	12	2.015	7,57	13	3.322	12,48	12
Essen	NRW	115.675	44.869	38,79	44.148	27.343	61,93	2	4.649	10,53	13	4.693	10,63	4	6.335	14,35	9
Düsseldorf	NRW	130.201	50.165	38,53	49.590	29.502	59,49	3	6.499	13,11	10	5.633	11,36	3	6.736	13,58	10
Stuttgart	BW	143.831	52.818	36,72	52.040	28.647	55,05	4	6.503	12,50	11	6.201	11,92	2	8.884	17,07	8
Mainz	RP	56.129	19.094	34,02	18.874	10.382	55,01	5	2.503	13,26	9	1.440	7,63	12	4.137	21,92	2
München	BAY	113.843	35.729	31,38	35.145	19.254	54,78	6	7.406	21,07	3	3.652	10,39	5	3.242	9,22	13
Köln	NRW	128.692	49.436	38,41	48.662	26.490	54,44	7	7.355	15,11	8	4.405	9,05	7	9.162	18,83	7
Karlsruhe	BW	89.308	29.034	32,51	28.711	15.415	53,69	8	4.619	16,09	6	2.391	8,33	8	5.415	18,86	6
Hamburg	HH	82.962	29.059	35,03	28.600	14.360	50,21	9	5.155	18,02	4	2.360	8,25	9	5.993	20,95	4
Frankfurt	HES	140.710	49.982	35,52	49.277	23.515	47,72	10	8.514	17,28	5	4.827	9,80	6	10.775	21,87	3
Hannover	NS	105.691	30.952	29,29	30.519	14.537	47,63	11	4.895	16,04	7	2.427	7,95	11	7.727	25,32	1
Nürnberg	BAY	64.488	21.067	32,67	20.817	9.658	46,39	12	4.904	23,56	2	2.766	13,29	1	2.736	13,14	11
Berlin	BER	137.772	43.434	31,53	42.894	18.836	43,91	13	10.112	23,57	1	3.471	8,09	10	8.786	20,48	5
Total / Durchschnitt	DE	1.413.291	482.746	34,15	475.885	226.779	47,65		76.134	16,00		46.281	9,72		83.250	17,49	

Abkürzungen: AKP = Adalet ve Kalkınma Partisi; CHP = Cumhuriyet Halk Partisi; MHP = Milliyetçi Hareket Partisi; HDP = Halkların Demokratik Partisi.
 Quelle: Yüksek Seçim Kurulu (Hoher Wahlausschuss), <http://www.ysk.gov.tr/> und eigene Berechnung.

Tabelle 4: Ergebnisse der türkischen Parlamentswahl vom 1. November 2015 auf Konsultationsebene in Deutschland

Stadt	BL	Registrierte Wähler	Stimmen	Wahlbeteiligung %	Gültige Stimmen	AKP		CHP		MHP		HDP					
						absolut	%	Rang	absolut	%	Rang	absolut	%	Rang	absolut	%	Rang
Münster	NRW	103.219	35.092	34,00	34.719	24.667	71,05	1	3.565	10,27	12	2.015	5,80	13	3.905	11,25	11
Essen	NRW	115.981	52.667	45,41	52.200	35.031	67,11	2	5.087	9,75	13	4.179	8,01	4	6.717	12,87	9
Düsseldorf	NRW	130.335	57.781	44,33	57.256	36.987	64,60	3	7.043	12,30	9	5.061	8,84	3	7.193	12,56	10
München	BAY	113.112	43.998	38,90	43.638	27.643	63,35	4	8.353	19,14	3	3.290	7,54	5	3.492	8,00	13
Stuttgart	BW	142.795	66.118	46,30	65.522	39.898	60,89	5	7.808	11,92	10	6.118	9,34	2	9.967	15,21	8
Köln	NRW	128.504	57.674	44,88	56.931	34.614	60,80	6	7.997	14,05	8	3.895	6,84	7	9.588	16,84	7
Karlsruhe	BW	88.525	36.295	41,00	35.937	21.571	60,02	7	5.151	14,33	7	2.359	6,56	9	6.247	17,38	6
Mainz	RP	56.471	22.502	39,85	22.253	13.251	59,55	8	2.653	11,92	11	1.340	6,02	12	4.627	20,79	2
Nürnberg	BAY	64.512	25.301	39,22	25.023	13.703	54,76	9	5.321	21,26	2	2.556	10,21	1	2.863	11,44	12
Frankfurt	HES	140.786	57.178	40,61	56.712	30.831	54,36	10	9.179	16,19	5	4.201	7,41	6	11.487	20,25	3
Hamburg	HH	82.884	34.071	41,11	33.722	18.330	54,36	11	5.758	17,07	4	2.163	6,41	10	6.675	19,79	4
Hannover	NS	104.869	37.795	36,04	37.313	20.114	53,91	12	5.520	14,79	6	2.467	6,61	8	8.576	22,98	1
Berlin	BER	139.560	49.092	35,18	48.610	23.559	48,47	13	11.010	22,65	1	3.066	6,31	11	9.471	19,48	5
Total / Durchschnitt	DE	1.411.553	575.564	40,77	569.836	340.199	59,70		84.445	14,82		42.710	7,46		90.808	15,93	

Abkürzungen: siehe Tabelle 3.
Quelle: Yüklek Seçim Kurulu (Hoher Wahlausschuss), <http://www.ysk.gov.tr/> und eigene Berechnung.

2.2. Bivariate Analyse: Rangkorrelationen

Eine bivariate Rangkorrelation (Spearman) der Wahlergebnisse vom November 2015 soll im Folgenden weiteren Aufschluss über mögliche Ursachen der Stärken beziehungsweise Schwächen der türkischen Parteien in Deutschland geben. Aufgrund der geringen Fallzahl kann keine Pearson-Korrelation oder gar eine Regressionsanalyse gerechnet werden. Entsprechend vorsichtig sind die Ergebnisse zu interpretieren; auch muss die Richtung der Kausalität theoretisch beziehungsweise durch Kontextwissen bestimmt werden. Dies gilt insbesondere für mögliche signifikante Korrelationen zwischen Ergebnissen deutscher und türkischer Parteien. Positive oder negative Korrelationen können zum Beispiel interpretiert werden als Ausdruck von Sympathien oder Antipathien in der allgemeinen (politischen) Orientierung bei der Wahl des Ziel- beziehungsweise Siedlungsortes. Linke HDP-Unterstützer werden sich eventuell in CSU-Hochburgen und konservative AKP-Wähler in Berlin-Kreuzberg weniger wohl fühlen.

Des Weiteren wurde der Arbeitslosenanteil in der türkeistämmigen Bevölkerung auf Ebene der Bundesländer als eine Variable aufgenommen (Stand November 2015)⁴⁵, um mögliche Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit und Wahlverhalten zu testen. Die Bundesagentur für Arbeit berichtete für 2013 147.411 Arbeitslose unter den 1,55 Million erwerbsfähigen türkischen Staatsbürgern (9,5 Prozent). Allgemein war die Ausländerarbeitslosigkeit im November 2013 in Berlin mit 20,7 Prozent am höchsten und in Bayern mit 8,1 Prozent am niedrigsten.⁴⁶ Detaillierte Informationen zur Struktur des türkischen Elektorats, etwa im Hinblick auf Alter, Einkommen, Bildungsgrad und Geschlecht, liegen leider nicht vor. Getestet wurde auch der prozentuale Ausländeranteil an der Bevölkerung eines Bundeslandes, der für die unter Beobachtung stehenden Variablen jedoch kein signifikantes Ergebnis erzielt hat.⁴⁷ Des Weiteren wurde das BIP der Städte beziehungsweise Stadtstaaten (Jahresdurchschnitt 2013) und Bundesländer (2015) als Proxy getestet (reales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Euro; für die Ebene der Städte vgl. Tabelle 5). Auch die innerstädtischen Wahlkreise (im Folgenden „Kernwahlkreise“) für SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben keine signifikanten Ergebnisse produziert und werden daher nicht dokumentiert.

Anzumerken ist, dass die türkischen Wahlbezirke nicht kongruent zu den Bundesländern sind. Dies erschwert neben der geringen Fallzahl ($N = 13$) eine quantitative Analyse möglicher Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten erheblich und beschränkt die Untersuchung auf eine weitgehend explorative Datenauswertung. Das Generalkonsulat Köln etwa ist zuständig für Stadt und Landkreis Aachen, Stadt Bonn, die Landkreise Düren, Erftkreis, Euskirchen, Heinsberg, die Städte Köln und Leverkusen, den Oberbergischen Kreis, den

45 Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, November 2015, Nürnberg, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analytikreports/Analytikreports-zentral-nav.html> (Abruf am 15. Dezember 2015).

46 Die Gesamtzahl der türkischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurde für Juni 2013 bei knapp eine halben Million (497.646) angegeben, vgl. Bundesagentur für Arbeit, a.a.O. (Fn. 45), S. 9.

47 Jedoch gab es für diese Variable einen signifikanten negativen Zusammenhang mit den Stimmenanteilen der CDU/CSU (-,644, Sig ,018) und einen positiven Zusammenhang mit den Anteilen von Bündnis 90/Die Grünen (,699, Sig ,006) auf Landesebene.

Rheinisch-Bergischen-Kreis und den Rhein-Sieg-Kreis.⁴⁸ Die Botschaft in Berlin ist zuständig für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.⁴⁹ Die hier auf Zusammenhänge getesteten Variablen (zum Beispiel BIP, Ausländerarbeitslosigkeit und Bundestagswahlergebnisse) liegen aber entweder auf Landes- oder auf Stadt- beziehungsweise Wahlkreisebene vor.

Um mögliche Zusammenhänge mit Bundestagswahlergebnissen zu testen, werden zunächst die Zweitstimmen-Resultate auf Landesebene mit den jeweiligen Konsulatsergebnissen korreliert, also zum Beispiel die türkischen Resultate in Köln, Essen, Münster und Düsseldorf mit den Bundestagswahlergebnissen von Nordrhein-Westfalen. Im zweiten Schritt wurden für die Wahlkreisergebnisse der Bundestagswahl 2013 Durchschnittswerte für die Städte mit Konsulatssitz gebildet und diese mit den türkischen Ergebnissen korreliert. Für Hamburg und Berlin konnten die Resultate der Stadtstaaten übernommen werden, für zum Beispiel München wurden die Stimmenanteile jeder Partei für die Wahlkreise München-Nord (218), München-Ost (219), München-Süd (220) und München-West/Mitte (221) gemittelt und für Köln die Anteile der Wahlkreise I bis III (093-095). Münster und Karlsruhe bilden jeweils nur einen Wahlkreis bei Bundestagswahlen.⁵⁰

Der Fokus auf die Städte mit Konsulatssitz kann dadurch gerechtfertigt werden, dass türkische Konsulate seit den 1960er Jahren gerade in Städten mit einem türkischen Migrationsschwerpunkt errichtet wurden. Durch die Berücksichtigung der Ergebnisse deutscher Parteien in der Bundestagswahl 2013 soll nach territorialen „Wahlverwandtschaften“ zwischen Wählern türkischer und deutscher Parteien gesucht werden.

In den Korrelationen mit den Bundestagswahlergebnissen 2013 auf Ebene der Bundesländer fallen zunächst einige Signifikanzen der CHP auf. Deren Stimmenanteile korrelieren signifikant positiv mit denen von Bündnis 90/Die Grünen (.594, Sig. .032) und der „sonstigen Parteien“ sowie negativ mit den FDP-Ergebnissen (-.583, Sig. .036). Für die MHP wird eine zehnprozentige negative Signifikanz mit den Ergebnissen der Linken auf Bundesebene erreicht. Für die AKP gibt es nur eine signifikante (negative) Korrelation mit Bündnis 90/Die Grünen (-.596, Sig. .032). Auf Ebene der städtischen Kernwahlkreise verstärkt sich die AKP-FDP Korrelation allerdings etwas (.524, Sig. .066), dagegen verschwindet die Signifikanz bei der negativen Korrelation von AKP und Bündnis 90/Die Grünen völlig. Auf Ebene der Kernwahlkreise der Generalkonsulate gibt es allerdings eine signifikante positive Korrelation von AKP und CDU/CSU (.574, Sig. .040). Die Parallelen in der regionalen Verteilung von AKP und CDU/CSU-Wählern könnte etwa mit dem von *Ziya Öniş*⁵¹

48 Vgl. die Webseite des Türkischen Generalkonsulat Köln, <http://cologne.cg.mfa.gov.tr/Mission.aspx> (Abruf am 22. Juli 2016).

49 Vgl. die Webseite des Türkischen Generalkonsulat Berlin, <http://berlin.cg.mfa.gov.tr/ContactInfo.aspx> (Abruf am 22. Juli 2016).

50 Vgl. Daten auf bundeswahlleiter.de.

51 Vgl. *Ziya Öniş*, *The Triumph of Conservative Globalism: The Political Economy of the AKP Era*, in: *Turkish Studies*, 13. Jg. (2012), H. 2, S. 135 – 152. *Öniş* fokussiert auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik (‚politische Ökonomie‘) der AKP zur Erklärung ihres anhaltenden Wahlerfolgs. „Strong economic performance in the context of ‘regulatory neo-liberalism’ helped by a favorable global liquidity environment in the early parts of the decade was a key contributor to the party’s continued electoral success. The party also made effective use of a variety of formal and informal redistributive mechanisms not only to sustain, but also to enlarge its electoral coalition. The ability to use redistributive politics as a tool for electoral support was no doubt facilitated by an environment of strong economic growth and an international environment conducive to the

Tabelle 5: Korrelation türkischer Ergebnisse auf Konsulatebene

		Registrierte Wähler	Wahlbeteiligung %	Gültige Stimmen	AKP %	CHP %	MHP %	HDP %	BIP_Stadt
Registrierte Wähler	Koeffizient	1	.324	.934**	.069	-.044	.357	-.055	.440
	Sig.	.	.280	.000	.823	.886	.231	.859	.133
Wahlbeteiligung %	Koeffizient	.324	1	.549	.308	-.426	.527+	-.005	.489+
	Sig.	.280	.	.052+	.306	.146	.064	.986	.090
Gültige Stimmen	Koeffizient	.934**	.549	1	.256	-.204	.495+	-.143	.495+
	Sig.	.000	.052	.	.399	.505	.086	.642	.086
AKP %	Koeffizient	.069	.308	.256	1	-.711**	.220	-.746**	.371
	Sig.	.823	.306	.399	.	.006	.470	.003	.212
CHP %	Koeffizient	-.044	-.426	-.204	-.711**	1	.055	.110	-.179
	Sig.	.886	.146	.505	.006	.	.858	.720	.559
MHP %	Koeffizient	.357	.527+	.495+	.220	.055	1	-.412	.335
	Sig.	.231	.064	.086	.470	.858	.	.162	.263
HDP %	Koeffizient	-.055	-.005	-.143	-.746**	.110	-.412	1	-.203
	Sig.	.859	.986	.642	.003	.720	.162	.	.505
BIP_Stadt	Koeffizient	.440	.489+	.495+	.371	-.179	.335	-.203	1
	Sig.	.133	.090	.086	.212	.559	.263	.505	.

Abkürzungen: siehe Tabelle 3.
 Anmerkungen: + $p \leq 0.10$; ** $p \leq 0.01$; * $p \leq 0.05$; Signifikanz zweiseitig, $N = 13$.
 Lesehilfe: Die Tabelle fasst die Koeffizienten einer Rangkorrelation (Spearman) der türkischen Parteien untereinander sowie des BIP auf Ebene der Städte mit Konsulatssitz zusammen.
 Der Anteil der arbeitslosen Ausländer sowie das BIP auf Landesebene erbrachten keine signifikanten Ergebnisse und werden aus Platzgründen nicht dokumentiert.
 Quelle: Eigene Berechnung.

entwickelten Konzept eines die türkische Politik prägenden Cleavages von „konservativen Globalisierern“ versus „defensiven Nationalisten“ erklärt werden, wobei in der Korrelation der regionalen Verteilung von CDU/CSU- und AKP-Anteilen jeweils der Pol der „konservativen Globalisierer“ zum Ausdruck kommen könnte.

Der im Vergleich der Juni- und November-Wahlen aufgezeigte Mobilisierungseffekt zugunsten der AKP hinsichtlich der Wahlbeteiligung lässt sich im territorialen Querschnitt der November-Ergebnisse also nicht wiederholen. Die Wahlbeteiligung im Vergleich der 13 Konsulate hatte im November 2015 keinen Effekt auf die Höhe der AKP-Stimmenanteile. Ein positiver Koeffizient liegt für die MHP vor, jedoch nur mit einer sechsprozentigen (.064) Fehlerwahrscheinlichkeit. Auf einem Neun-Prozent-Niveau korrelieren MHP-Ergebnisse auch mit der Anzahl der gültigen Stimmen. Dies ist ein Hinweis, dass die Partei im interregionalen Vergleich noch am ehesten von einer stärkeren Mobilisierung profitierte.

practice of ‘social neo-liberalism’. In this context, the AKP style ‘controlled populism’ made a sharp contrast with the policy of center-right parties of the previous vintages whose policies were typically accompanied by boom-bust cycles” (S. 137).

Tabelle 6: Korrelation türkischer und deutscher Stimmenanteile auf Konsulatsebene

		AKP %	CHP %	MHP %	HDP %
L_Union	Koeffizient	.339	-.230	.046	-.165
	Sig.	.258	.450	.881	.591
L_SPD	Koeffizient	-.039	-.334	-.335	.402
	Sig.	.899	.264	.263	.173
L_B90/Gr.	Koeffizient	-.596*	.594*	-.022	.291
	Sig.	.032	.032	.942	.336
L_Linke	Koeffizient	-.084	-.111	-.469	.223
	Sig.	.785	.719	.106	.463
L_FDP	Koeffizient	.417	-.583*	.151	-.017
	Sig.	.156	.036	.623	.957
L_Sonstige	Koeffizient	-.207	.567*	.201	-.257
	Sig.	.497	.044	.510	.397
S_Union	Koeffizient	.574*	-.414	.275	-.421
	Sig.	.040	.160	.362	.151
S_SPD	Koeffizient	.011	-.190	.011	.143
	Sig.	.972	.535	.972	.642
S_B90/Gr.	Koeffizient	.113	-.179	-.231	.027
	Sig.	.714	.559	.448	.929
S_Linke	Koeffizient	-.535*	.335	-.044	.424
	Sig.	.059	.263	.886	.149
S_FDP	Koeffizient	.524*	-.228	.260	-.414
	Sig.	.066	.453	.392	.159

Abkürzungen: siehe Tabelle 3.
Anmerkungen: + $p \leq 0,10$, * $p \leq 0,05$, ** $p \leq 0,01$; Signifikanzen zweiseitig; N = 13.
Lesehilfe: Die Tabelle fasst die Koeffizienten einer Rangkorrelation (Spearman) der Ergebnisse türkischer Parteien mit Bundestagswahlergebnissen 2013 auf Landesebene (L) und in Städten mit türkischem Konsulatssitz (S) zusammen.
Quelle: Eigene Berechnung.

Als weiteres Ergebnis ist zu berichten, dass das BIP auf Ebene der Städte bei neunprozentiger Fehlerwahrscheinlichkeit mit der Wahlbeteiligung und der Zahl der gültigen Stimmen korreliert, nicht jedoch mit den Prozentanteilen der vier getesteten Parteien. Des Weiteren fällt eine sehr starke negative Korrelation zwischen den AKP-Stimmenanteilen und denen von CHP und HDP auf, was auf eine regionale Separation der Elektorate von AKP einerseits und CHP sowie HDP andererseits hinweist. AKP-Hochburgen sind für CHP- und HDP-Wähler als Migrationsdestinationen anscheinend unattraktiv (und vice versa).

3. Diskussion: territoriale Verteilung von Parteipräferenzen türkischer Wähler in Deutschland

Externes (extraterritoriales) Wählen ist ein empirisch bislang wenig untersuchtes Feld der vergleichenden Wahl- und Parteienforschung. Insbesondere für Länder mit langfristig hohen Emigrantenzahlen wie der Türkei bieten sich hierzu Fallstudien an, um der Frage nachzugehen, ob beziehungsweise warum Migranten „anders“ wählen. In den oben vorgestellten westeuropäischen Ländern einschließlich Deutschlands konnte dabei eine deutliche Abweichung des Wahlverhaltens türkischer Migranten von den durchschnittlichen Inlandergebnissen in der Türkei festgestellt werden (vgl. Tabelle 2), und zwar mit einer deutlichen Tendenz zur konservativ-islamischen AKP. Mit den Niederlanden, Belgien und Österreich (jeweils 1964), der Bundesrepublik (1961) und Frankreich (1965) stehen gleich fünf Staaten mit bilateralem Anwerbeabkommen ganz oben auf der AKP-„Erfolgsliste“ in Europa. Dänemark, die Schweiz und das Vereinigte Königreich hatten zwar auch Arbeitsmigranten aus der Türkei aufgenommen, jedoch ohne eine institutionelle Vereinbarung. Mit Schweden wurde eine Vereinbarung zwar unterschrieben, aber nicht angewendet.⁵² Entsprechend finden sich diese Länder nur auf den hinteren Rangplätzen der AKP-Auslandsstimmenanteile.

Bei der deskriptiven Analyse der Ergebnisse innerhalb Deutschlands fiel für beide Wahlen ein deutliches West-Ost-Gefälle der AKP-Unterstützung auf, mit den besten Ergebnissen in den grenznahen Konsulaten zu den Niederlanden und dem schlechtesten in Berlin. Damit ist die Frage nach Gründen der Mobilisierung und des Erfolgs der AKP unter türkischen Wählern in Deutschland aber zunächst nur in die territoriale Dimension verlagert. So fand etwa im November ein deutlicher Anstieg der Wahlbeteiligung statt. Die erfolgreiche Strategie der Mobilisierung durch Polarisierung brachte zwar für drei der vier Parteien (Ausnahme MHP) einen Anstieg der absoluten Stimmenzahl, jedoch nur für die AKP auch eine (deutliche) Verbesserung ihres Stimmenanteils (in Prozent). Sie ist in Deutschland der einzige Gewinner der Wiederholungswahl im November gewesen. Das Ausmaß der Wahlbeteiligung im Querschnittsvergleich hatte keinen signifikanten Einfluss auf die Stimmenanteile der vier Parteien; jedoch sollten MHP (positiv) und CHP (negativ) für diese Variable unter Beobachtung bleiben. Auch die sozioökonomischen Variablen wie etwa das Bruttoinlandsprodukt auf Landes- und Stadtebene haben insgesamt enttäuscht. Für das BIP in den Städten sollte ein positiver Effekt auf die Wahlbeteiligung der türkischen Migranten weiter getestet werden. Die stark negative Korrelation von AKP- mit CHP- und HDP-Stimmenanteilen weist auf eine deutliche territoriale Segregation der Elektorate beziehungsweise auf eine Lagerbildung hin.

Hinsichtlich der Korrelation türkischer und deutscher Parteiergebnisse gab es einige Überraschungen. So wäre zu vermuten gewesen, dass es zwischen dem von sozialer Ausgrenzung und Abstieg bedrohten Arbeiterklientel der AKP und der SPD Verbindungen geben könnte (Stichwort Armutsmigration). Tatsächlich findet sich aber eine signifikante positive Korrelation mit den Stimmenanteilen der Unionsparteien und eine negative mit den Anteilen von Bündnis 90/Die Grünen in den Städten. Eine positive Korrelation mit den FDP-Ergebnissen und eine negative mit denen der Linken bleiben knapp unter dem Fünf-Prozent-Signifikanzniveau. Dennoch kann gefolgert werden, dass die territoriale Ver-

52 Vgl. *Ahmet Akgündüz*, a.a.O. (Fn. 19), S. 60.

teilung des Wahlverhaltens der AKP-Wähler in Deutschland eher dem der CDU/CSU-Wähler und nicht dem der Mitte-Links-Parteien ähnelt. Für die CHP-Ergebnisse ergibt sich dagegen ein umgekehrtes Bild: Ihre Stimmenanteile korrelieren positiv mit jenen von Bündnis 90/Die Grünen und negativ mit denen der FDP auf Landesebene. Die territoriale Verteilung der CHP-Wählerschaft in Deutschland ähnelt also eher der von Bündnis 90/Die Grünen und unterscheidet sich stark von jener der FDP auf Landesebene. Dies passt zum oben skizzierten Befund von *Ziya Öniş*, nach dem die CHP sich erst unter ihrem gegenwärtigen Vorsitzenden in Richtung einer sozialdemokratischen Partei europäischen Typs hin entwickle und das Lager der „defensiven Nationalisten“ verlasse. Allerdings beschränke sich diese Öffnung noch auf die Felder der Demokratisierung und (religiöser) Freiheiten, nicht aber auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der weiterhin klassische Umverteilungspolitiken bevorzugt werden.⁵³

Die oben erwähnten methodischen Vorbehalte sollten aber auch hier vor einer Überinterpretation bei möglichen „Wahlverwandtschaften“ zwischen türkischen und deutschen Parteien schützen. So ist etwa zu beachten, dass türkeistämmige Migranten an Wahlen zu deutschen Parlamenten nur nach einer Einbürgerung teilnehmen dürfen, bei der sie in der Regel ihre türkische Staatsbürgerschaft und damit ihr dortiges Wahlrecht verlieren. Daher ist die Beobachtung, dass sie in ihrer Heimat eher konservativ wählen und in Deutschland eher Mitte-Links, nur ein scheinbarer Widerspruch. Unter dem Stichwort „türkische Migranten“ werden tatsächlich sehr unterschiedliche Elektorate zusammengefasst, die sich bis auf die wenigen türkischen Doppelstaatler nicht überlappen.

Die Entscheidung für einen deutschen Pass und die damit in der Regel verbundene Aufgabe der türkischen Staatsbürgerschaft kann somit auch als eine politische Richtungsentscheidung interpretiert werden, bei der sich konservative Migranten eher gegen eine Aufnahme der deutschen (beziehungsweise Abgabe der türkischen) Staatsbürgerschaft entscheiden und „progressive“, „linke“ Migranten diesen Wechsel eher vollziehen. Die Frage der Staatsangehörigkeit⁵⁴ ist demnach eine vorgängige Entscheidung, die zur Aufspaltung der türkischstämmigen Migranten in zwei sich nur wenig überlappende Elektorate mit unterschiedlichen Werthaltungen und Parteiidentifikationen führt. Damit sind zugleich viel grundlegendere Fragen nach Identitäten, Zugehörigkeiten und Integration aufgeworfen, denen im Rahmen der vorliegenden Wahlanalyse aber nicht nachgegangen werden konnte.

53 Vgl. *Ziya Öniş*, a.a.O. (Fn. 51), S. 147: „The CHP’s shift to class-based politics during the 2011 election campaign with its emphasis on redistribution through social programs to help the poor and the underprivileged failed to convince large segments of the electorate. It was clear once gain that an approach based on redistribution alone fails to emerge as a winning strategy in the Turkish context.“

54 In der BAMF Einbürgerungsstudie 2011 gab ein relativ hoher Anteil türkischer Befragter (45,8 Prozent) an, keine Einbürgerungsabsichten zu haben („Nein, auf keinen Fall“); weitere 20,1 Prozent antworteten „Nein, wahrscheinlich nicht“; vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen, Forschungsbericht 15, Nürnberg 2012, S. 193.